



Nr. 20

2. Juni 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Internationaler Kindertag

[Ganztagsbetreuung: Fachkräftegewinnung muss ausgebaut werden](#)

Beschluss des Bundestages

[Pflege: Entlastungsbudget kommt](#)

Fachkräftemangel in Europa

[Internationale Bildungspartnerschaften angeregt](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[Besoldung und Versorgung werden angepasst](#)

Berlin

[Antrittsbesuch bei der Parlamentspräsidentin](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Nach Urteilen in Leipzig: Große Sorge um die Sicherheit von Einsatzkräften](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Einsatz für Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Einsatz von Künstlicher Intelligenz: Es geht nur um das Wie](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Internationaler Kindertag

Ganztagsbetreuung: Fachkräftegewinnung muss ausgebaut werden

Anlässlich des Internationalen Kindertags weist der dbb auf die Herausforderungen bei der Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung hin.

„Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ab 2026 bietet enormes Potenzial für die Bildung, Erziehung und Betreuung. Um ein qualitativ hochwertiges Angebot und damit dessen Inanspruchnahme sicherzustellen, bedarf es aber massiver Anstrengungen -- insbesondere in der Fachkräftegewinnung. Wir benötigen also eine Fachkräfteoﬀensive ebenso wie bundesweit vergleichbare und verbindliche Qualitätsstandards sowie bessere Raumkonzepte, um das Optimum sowohl für die Kinder als auch die Eltern herauszuholen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 1. Juni 2023 zum Internationalen Kindertag.

Dem Fachkräftemangel entschieden entgegenwirken

Um eine angemessene Personalausstattung zu erreichen, bedürfe es einer fundierten und nachhaltigen Personalplanung, erklärte der dbb Chef: „Diese muss basierend auf einer Machbarkeitsstudie erfolgen, um realistische Szenarien zur Personalsituation und dem notwendigen Mittelaufwand zu erhalten. Um mehr Personal für die anspruchsvolle Tätigkeit begeistern zu können, bedarf es außerdem natürlich einer angemessenen Bezahlung und guter

Rahmenbedingungen. Wettbewerbsnachteile der Ausbildung, wie die mangelnde Ausbildungsvergütung und Schulgebühren, müssen beseitigt werden. Zudem gilt es, die Hürden bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und gleichwertigen Berufsausbildungen aus anderen Bundesländern abzubauen.“ Um das Bestandspersonal zu halten, müsse zudem der Gesundheitsschutz intensiviert und in Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten investiert werden.

Hintergrund:

Als eines der letzten großen Vorhaben wurde in der vergangenen Legislaturperiode der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab dem Jahr 2026 beschlossen. Dieser sieht vor, dass alle Grundschulkinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch auf ganztägige Betreuung ab 2026 erhalten, welcher in den Folgejahren sukzessive um eine Klassenstufe erweitert wird. Der Bund beteiligt sich mit 70 Prozent an den Investitionskosten sowie mit einem jährlich steigenden Betrag an den laufenden Kosten – bis hin zu 1,3 Milliarden Euro pro Jahr ab 2030.

Beschluss des Bundestages

Pflege: Entlastungsbudget kommt

Kurzzeitpflege und Vertretungen organisieren – das wird ab Mitte 2025 einfacher. dbb Chef Silberbach begrüßt die Reform, fordert jedoch weitere Maßnahmen.

Für den Fall, dass Angehörige vorübergehend nicht pflegen können – etwa, weil sie eine Auszeit brauchen – können sie die sogenannte Verhinderungspflege in Anspruch nehmen. Und für den Fall, dass Menschen beispielsweise nach einem Krankenhausaufenthalt für einen begrenzten Zeitraum pflegebedürftig sind, gibt es die Kurzzeitpflege. Mit dem vom Bundestag am 26. Mai 2023 beschlossenen Entlastungsbudget fasst die Bundesregierung die Leistungen für diese Verhinderungs- und Kurzzeitpflege zusammen.

„Die Reform war eine langjährige Forderung des dbb“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach. „Es ist ein großer politischer Erfolg, dass das Entlastungsbudget nach zähem Ringen doch noch kommt. Unsere Hartnäckigkeit hat sich ausgezahlt.“ Zuvor war das Entlastungsbudget aus dem Gesetzesentwurf gestrichen worden. „Ich bin sehr froh und erleichtert, dass die Ampel jetzt einen Kompromiss gefunden hat. Für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ist die Reform ein echter Fortschritt.“

Die aktuell komplizierten Möglichkeiten, Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen und anrechnen zu lassen, seien kontraproduktiv, betonte er dbb Chef. „Das Entlastungsbudget sorgt für mehr Transparenz im intransparenten Leistungsdickicht. Die Versorgung darf nicht an mangelnder Kenntnis über die Leistungen scheitern.“ Ob die veranschlagten 500 Millionen Euro für die Finanzierung ausreichen, werde sich zeigen. „Aber die Politik muss verstehen, dass die Transparenz etwas Gutes ist, selbst wenn das zu Mehrkosten führt.“

Um die Pflegeversicherung zukunftsfest zu machen, seien über das Entlastungsbudget hinaus noch weitere Reformen notwendig, erklärte Silberbach weiter. Nach wie vor kämpfe der dbb für eine steuerfinanzierte Entgeltersatzleistung für pflegende Angehörige. „Die Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf ist der Schlüssel, um die Pflege in den eigenen vier Wänden zu stärken.“

Auch im Bereich der stationären Pflege handelt die Politik aus Sicht des dbb zu zaghaft: Die Zuschüsse zu den pflegebedingten Eigenanteilen steigen mit dem nun beschlossenen Gesetz um zehn Prozentpunkte im ersten Jahr der Heimunterbringung, in jedem weiteren Jahr

lediglich um fünf Prozentpunkte. Silberbach: „Das ist bei der absehbaren weiteren Entwicklung der Eigenanteile zu wenig und deshalb inakzeptabel. Denn Inflation, steigende Energiepreise und höhere Löhne werden hier zu deutlichen Mehrbelastungen führen.“

Kritik übte Silberbach zudem an einem weiteren Aspekt der Reform: Während der dbb die durch das Bundesverfassungsgericht aufgegebene Neuregelung zur stärkeren Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Beitragserhebung mitträgt, wird die Finanzierung der nun verabschiedeten zusätzlichen Leistungen lediglich durch die zum 1. Juli 2023 wirksam werdende Beitragssatzsteigerung abgelehnt.

„Es ist absolut unverständlich, warum versicherungsfremde Leistungen wie etwa die pandemiebedingten Sonderbelastungen oder die Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige immer noch aus Mitteln der Pflegeversicherung erbracht werden. Das liest sich im Koalitionsvertrag anders. Hier sind aus Sicht des dbb eindeutig Steuermittel einzusetzen. Dann könnte auch die Beitragssatzerhöhung moderater ausfallen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende.

Fachkräftemangel in Europa Internationale Bildungspartnerschaften angeregt

Um dem Fachkräftemangel in Europa zu begegnen, hat dbb Vize Simone Fleischmann strategische Kooperationen mit Drittstaaten im Bildungsbereich ins Spiel gebracht.

„Die Bildungspolitik braucht dringend eine Aufwertung, in Deutschland und in ganz Europa. Das ist ein wesentlicher Baustein, um den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die in einigen Mitgliedstaaten der Europäische Union immer noch sehr hoch ist, zu intensivieren. Zudem können strategische Bildungspartnerschaften mit Staaten in Europas Nachbarschaft helfen, um qualifizierte und integrationsbereite Arbeitnehmende aus diesen Drittstaaten zu gewinnen“, sagte die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, die auch Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes ist, am 30. Mai 2023.

Wo es hohe Geburtenraten und hohe Arbeitslosigkeit gebe, könnten solche Bildungspartnerschaften die lokalen Wirtschafts- und Sozialstrukturen in den Drittstaaten stärken. Gleichzeitig könne ein Teil der jungen Menschen konkrete Perspektiven auf dem europäischen

Arbeitsmarkt erhalten. „Das wäre eine Win-Win-Situation“, so Fleischmann. Gleichzeitig müsse die Arbeitsmarktintegration der bereits in Europa lebenden Menschen mit Migrationshintergrund deutlich verbessert werden. „Wir brauchen hier echte Chancengleichheit und dafür muss Bildung endlich höchste Priorität in der Politik haben. Bildungsberufe müssen in ganz Europa deutlich aufgewertet werden. Lippenbekenntnisse reichen längst nicht mehr.“

Fleischmann machte deutlich, dass aus dem Fachkräftemangel längst ein genereller Arbeitskräftemangel geworden sei, der auch den öffentlichen Dienst in Deutschland betreffe. Aufgrund des demografischen Wandels brauche es dagegen ein umfassendes Maßnahmenpaket: „Bildungspartnerschaften mit Drittstaaten können eine wichtige Ergänzung zu bisherigen Initiativen sein.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

Besoldung und Versorgung werden angepasst

Die Besoldung und Versorgung nach Landesrecht sollen rückwirkend zum Anfang des Jahres 2023 um 3,25 Prozent steigen. Zur Abmilderung der gestiegenen Verbraucherpreise soll es zudem im Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 eine monatliche Sonderzahlung geben.

Dies sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor, der in den Thüringer Landtag eingebracht wurde. Die Entscheidung, ob es zur notwendigen Anhebung kommt, liegt damit nun in der Hand der Abgeordneten. „Wir erkennen die Bemühungen der Thüringer Landesregierung um die Schaffung einer dem Amte nach angemessenen und verfassungskonformen Alimentation an“, so der tbb Vorsitzende Frank Schönborn am 1. Juni 2023. „Als erste Landesregierung überhaupt hat diese Thüringer Landesregierung im letzten Jahr ein ‚Reparaturgesetz‘ auf den Weg gebracht. Als einzige Landesregierung überhaupt scheint sie die vom obersten Verfassungsgericht auferlegten Beobachtungspflichten wahrzunehmen und für sich Handlungen daraus abzuleiten.“

Das Vertrauen der Beamtinnen und Beamten in die jeweilige Rechtmäßigkeit der gewährten Besoldung sei jedoch aufgrund der jahrelang praktizierten Unteralimentation erschüttert. „Mehrfach mussten die Betroffenen erst das Bundesverfassungsgericht anrufen, damit dieses für verschiedene Zeiträume rückwirkend urteilt, dass die tatsächlich gewährte Besoldung – dies gilt auch für den Bund und wird in dem Entwurf eingeräumt – im Mindestbereich teils verfassungswidrig zu niedrig bemessen war. Erst nach diesen Urteilen sahen sich sowohl der Bund als auch die Länder verpflichtet,

gerade im Bereich der unteren Besoldungsgruppen, aber auch im Bereich des Familienzuschlags, gesetzgeberisch tätig zu werden und die Besoldung der Höhe nach zumindest so auszugestalten, dass der Mindestabstand von 15 Prozent zur Grundsicherung gewahrt wird. In Thüringen wurde dafür in den letzten Jahren die Besoldungsgruppen 4 und 5 sowie die erste Stufe der Besoldungsgruppen 6 und 7 gestrichen“, so der tbb Chef. Im Gesetzentwurf ist auch eine weitere Erhöhung der Familienzuschläge ab dem dritten Kind vorgesehen. Alle diese Erhöhungen sollen jedoch mit der nächsten „tarifumsetzungsbedingten Besoldungsanpassung“ verrechnet werden.

Der tbb vertritt die Auffassung, dass mit den von der Landesregierung im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen (Zahlung einer auf das Jahr 2023 beschränkten Inflationsprämie und danach Anhebung der Grundbesoldung um 3,25 Prozent) allein die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes für eine dem Amte nach angemessene Alimentation nicht dauerhaft eingehalten werden und bereits im nächsten Jahr wieder eine verfassungswidrige Unteralimentation gegeben sei. Durch die bislang in Thüringen vorgenommenen Änderungen komme es zu einem dauerhaften Ungleichgewicht zweier grundrechtsgleicher Rechte durch die Überbetonung des Alimentations- zu Lasten des Leistungsprinzips.

Berlin

Antrittsbesuch bei der Parlamentspräsidentin

Der dbb berlin hat am 31. Mai 2023 einen Antrittsbesuch bei der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, Cornelia Seibeld, absolviert.

Für dbb Landeschef Frank Becker und seine Stellvertreterin Synnöve Nüchter war es - nach der Wiederwahl der Landesleitung des dbb berlin am 24. Mai 2023 - der erste offizielle Termin. Becker und Nüchter nutzten die Gelegenheit, um über die Arbeit des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften und -verbände zu

informieren. Darüber hinaus wurde unter anderem über die technische Ausstattung in Berliner Behörden, Besoldungs- und Tariffragen sowie die Beteiligung des dbb berlin als Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes in Berlin bei Entwürfen zu Gesetzen und Verordnungen gesprochen.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Nach Urteilen in Leipzig: Große Sorge um die Sicherheit von Einsatzkräften

Die DPoIG hat die Verurteilungen linksextremistischer Gewalttäter zu mehrjährigen Haftstrafen in Leipzig am 31. Mai 2023 als „klares Signal eines funktionierenden Rechtsstaates“ begrüßt. Gleichzeitig zeigte sich die Führung besorgt über mögliche Ausschreitungen der linken Szene.

In Berlin erklärte DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Die Justiz hat sich von monatelangen Drohungen der linksextremistischen Szene nicht einschüchtern lassen, die Urteile des Gerichts sind ein klares Signal eines funktionierenden Rechtsstaates. Die Haftstrafen sind angemessen und richtig. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Polizei als Trägerin staatlichen Gewaltmonopols im Fokus gewaltbereiter Linksextremisten steht, wie auch Justiz und Justizvollzug. Auch in den kommenden Tagen und Wochen müssen Angriffe auf einzelne Beschäftigte, Gebäude, Fahrzeuge und andere Einrichtungen befürchtet werden.“

Die linke Szene versuche seit Monaten, europaweit militante Gruppen zu mobilisieren, um in Leipzig bei Demonstrationen mit hoher Personenzahl vertreten zu sein. Wendt erklärte: „Damit verbunden ist die Erwartung, dass aus der Masse von Menschen heraus unerkannt Gewalttaten begangen werden können, ohne staatliche Sanktionen befürchten zu müssen.

Wir begrüßen sehr, dass die polizeiliche Führung keinen Zweifel daran lässt, diesen Leuten mit allen Möglichkeiten des Rechtsstaates und mit starken polizeilichen Kräften zu begegnen. Das Versammlungsrecht ist ein zu recht sehr hohes Rechtsgut, das es zu schützen gilt. Wer dieses Recht mit Füßen tritt, indem er Gewalt ausübt oder dazu aufruft, muss mit Konsequenzen rechnen.“

Darüber hinaus sei zu befürchten, dass „sich die linke Szene auch außerhalb Leipzigs zusammensucht, um in Kleinstgruppen Anschläge und Angriffe auf Behörden und ihre Angehörigen zu begehen oder bei Demonstrationen von Unterstützern präsent zu sein und Gewaltdelikte zu begehen“, so der DPoIG Chef. „Dem Schutz der Einsatzkräfte kommt dabei eine herausragende Bedeutung zu, zumal wir wissen, dass Gewalttäter aus dem extremistischen Milieu keinerlei Rücksicht darauf nehmen, wenn Rettungskräfte zum Schutz von Menschenleben im Einsatz sind.“

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Einsatz für Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit

Im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke hat sich BDZ Chef Thomas Liebel für eine Stärkung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) eingesetzt.

Die Aufdeckung von Betrug bei der Zahlung des Mindestlohns, die Verhinderung von Ausbeutung und des Unterlaufens gesetzlicher Vorschriften zu Arbeitsbedingungen bleiben weiterhin hoch auf der Agenda, macht der BDZ Bundesvorsitzende am 25. Mai 2023 deutlich. Auch wenn der BDZ sich mit seiner Initiative zur Abschaffung der verbindlichen Arbeitgeberprüfquoten erfolgreich gegenüber dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) durchgesetzt habe, müsse in der Fläche weiterhin ein hoher Kontrolldruck aufrechterhalten werden. Der präventive Charakter bundesweiter und regionaler Schwerpunktprüfungen sei nicht von der Hand zu weisen, weshalb diese auch nicht im Widerspruch zu dem Leitspruch „Qualität vor Quantität“ stehen sollten.

Allerdings sei es aus Sicht des BDZ entscheidend, dass ein Fokus auf die Ermittlung von großen Schadenssummen in Hochrisikobereichen gelegt wird. Darüber hinaus verdeutlichte

Liebel die Position des BDZ zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren im Entsenderecht (v.a. mit Blick auf Kraftfahrer/-innen im Straßenverkehrssektor) und zum Arbeitszeitgesetz. Schlupflöcher und Umgehungstatbestände, die schwer zu kontrollieren sind und die Arbeit der FKS behindern, lehne man ab.

Mit Blick auf die gesamte Zollverwaltung bleibe festzuhalten, so Liebel weiter, dass Nachwuchsgewinnung, unbesetzte Stellen sowie Defizite bei der IT weiterhin große Herausforderungen seien. Die Antwort darauf müsse die Verbesserung von beruflichen Rahmenbedingungen und Karrierechancen für die überwiegend verbeamteten Beschäftigten sein. Denn nur mit qualifiziertem und motiviertem Personal könnten die vielfältigen Aufgaben des Zolls zum Schutz der Sozialsysteme, der Wirtschaft und der Verbraucherinnen und Verbraucher dauerhaft erfolgreich geleistet werden.

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) Einsatz von Künstlicher Intelligenz: Es geht nur um das Wie

Für den VDR Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm führt kein Weg am Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Bildungsbereich vorbei.

„Die Digitalisierung schreitet voran und auch die Möglichkeiten der KI machen an den Schultüren nicht Halt. Die Frage des Einsatzes stellt sich nicht. Es geht nicht ums Ob, sondern es geht ums Wie“, machte Böhm am 27. Juni 2023 deutlich. Zur Beherrschung der digitalen Möglichkeiten, zur Durchdringung der KI mit allen Gefahren und tollen Optionen seien jedoch Wissen und Können und damit Kompetenzen gefragt – insbesondere Grundkompetenzen wie Sprachverständnis und -beherrschung sowie mathematische Kompetenzen und logisches Denken. Böhm: „Letztlich dürfen wir uns als Bildungsnation nicht von der Aufklärung verabschieden. Im Gegenteil: Wir müssen in eine neue Phase der „Digitalen Aufklärung“ eintreten. Wenn 25 Prozent der Viertklässler in unserem Land nicht mehr richtig lesen können, dann hängen wir ein Viertel von diesem Aufklä-

rungsprozess ab. Und diese fehlende Sprachbeherrschung wirkt sich weiter aus auf alle Bereiche des Wissens- und Kompetenzerwerbs. Fatal.“

Man müsse diese elementaren Kulturtechniken weiterhin einfordern. „Wir dürfen nicht wegsehen und über ‚leistungsbefreite Bildung‘ fabulieren. Die KI und die Digitalisierung werden es nicht richten. Wir müssen überlegen, wer wann und mit welchen Voraussetzungen in die Grundschule eintreten darf und wer wie in seiner Bildungsbiographie entsprechend gefördert und gefordert wird“, so der VDR Chef. Die Bildungswege in Deutschland dürften daher nicht eingeebnet oder vereinheitlicht werden. Es müssten nach der Grundschule vielfältige Bildungswege angeboten werden, die zu differenzierten Abschlüssen führen. „Differenzierung und klare Leistungsanforderungen sind

der Schlüssel des Bildungserfolges – dann ist es egal ob dieser Bildungserfolg analog, digital oder mit KI erreicht wurde“, erklärte Böhm.

Namen und Nachrichten

Am 1. Juni 2023 wird der Landesvorsitzende des **dbb berlin** Frank Becker sein Amt als Mitglied im rbb-Rundfunkrat antreten. Becker (62), der seit 2013 dbb Landesvorsitzender ist, sagte: „Unabhängig davon, dass die endgültige

Aufklärung der Skandale beim rbb berlin-brandenburg wohl mein erstes Amtsjahr prägen wird, sind die Aufgaben des Rundfunkrates im Staatsvertrag genau definiert und da werde ich dann kritisch in den rbb Berlin-Brandenburg mit hineinzuschauen haben.“

Termine:

14. Juni 2023

17. Frauenpolitische Fachtagung

Weitere Informationen unter [dbb-frauen.de](https://www.dbb-frauen.de).

18.- 19. September 2023

14. Forum Personalvertretungsrecht

Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

3. Bundesseniorenkongress

Weitere Informationen unter [dbb-senioren.de](https://www.dbb-senioren.de).
